

# Debatte

Albrecht von Lucke

## »Das Ende von Godesberg« und das Dilemma der Linken

Die europäische Sozialdemokratie hat derzeit »weder ein Programm, noch eine Identität«: Den französischen Sozialisten steht nach empfindlichen Wahlniederlagen ein interner Selbsterfleischungsprozess bevor. Nach Gründung der LINKSPARTEI ist die deutsche Linke bereits dreigeteilt. Und NEW LABOUR dürfte nach Blairs Abgang einige Orientierungsprobleme bekommen. Unser Autor vergleicht die Lage der Parteien und analysiert die Chancen der SPD. Gelingt es ihr, aus dem momentanen Tief an der Regierung herauszukommen oder wird sie über kurz oder lang in der oppositionellen Versenkung verschwinden?

Es hätte der verheerenden Niederlage der französischen Sozialisten bei den Parlamentswahlen kaum noch bedurft, um zu erkennen, dass sich die parlamentarische Linke in Europa in der wohl tiefsten Krise ihrer Nachkriegsgeschichte befindet. Der neue Präsident Nicolas Sarkozy ist mit fast allmächtigen Kompetenzen ausgestattet, die SPD seit Monaten unter der 30 %-Marke und damit von jeder eigenen Kanzlerschaft weit entfernt und schließlich NEW LABOUR nach gewaltigen Stimmverlusten in Schottland vor dem möglichen Machtverlust auch im englischen Mutterland. Drastischer könnte die fatale Lage der europäischen Sozialdemokratie kaum aussehen.

Was die Krise jedoch besonders bemerkenswert macht, ist ihre erstaunliche Ungleichzeitigkeit – insbesondere in den beiden Zentralstaaten der EU, Frankreich und Deutschland. In Frankreich stehen die

Sozialisten nach der dritten Niederlage in Folge bei einer Präsidentenwahl vor der Zerreißprobe zwischen Modernisierern und Traditionalisten. In Deutschland dagegen haben die Sozialdemokraten mit *Hartz IV* und der *Agenda 2010* ihre Zerreißprobe bereits hinter sich – und nicht bestanden. Mit der Partei DIE LINKE etabliert sich soeben landesweit eine zweite sozialdemokratische Partei, mit stark populistischen Anklängen.

Hier aber liegt die zweite Ungleichzeitigkeit: In Frankreich wird angesichts des wilden Modernisierungseifers Sarkozys der Ruf nach einem Godesberg laut, sprich: nach einer Reform der PARTI SOCIALISTE (PS) im Sinne ihrer Modernisierung. Gleichzeitig erlebt die SPD mit dem Erstarken der LINKSPARTEI soeben das Ende des Godesberger Paradigmas und die ernsthafte Gefährdung ihres Status als Volkspartei – damit also genau das, was

der französischen Linken erst noch bevorsteht, wenn sie sich auf den Weg nach Godesberg begibt. Denn was der SPD vor fünfzig Jahren gelang, ist für die PS heute nahezu ausgeschlossen. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Bundesrepublik, ja, in weiten Teilen ganz Europas erodieren im Augenblick jene Voraussetzungen, die für den Erfolg der SPD und anderer sozialdemokratischer Parteien als Sammlungsbewegung und Volksparteien verantwortlich waren.

### Der Mythos von Godesberg

Genau für diesen Erfolg steht das Symbol, ja der Mythos Godesberg. Der legendäre Parteitag von 1959 bedeutete für die SPD den endgültigen Abschied von der Klassenpartei. Indem es der Partei gelang, die Brücke zwischen den Arbeitern der alten Industrie- und den Angestellten der aufkommenden Dienstleistungsgesellschaft zu schlagen, wurde sie zur neuen Volkspartei der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (*Helmut Schelsky*) der alten Bundesrepublik.

Umgekehrt bot jedoch erst die relativ geringe Spreizung von Einkommen und Vermögen in der Bonner Republik der SPD überhaupt die Möglichkeit, die alten Gräben zwischen Proletariat und Bürgertum zu überwinden. Die Volkspartei SPD war somit originäres Kind der alten Bundesrepublik und des im Kalten Krieg als »Schaufenster des Westens« herausgeputzten europäischen Wohlfahrtsstaats.

Seit 1989, im Zuge der forcierten Globalisierung, bricht die alte Spaltung der Gesellschaft wieder auf – und zwar nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen In- und Exkludierten, nämlich Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, »neuer Bürgerlichkeit« und »neuen Unterschichten«. Fast schon folgerichtig wird die SPD derzeit zwischen Union und LINKSPARTEI zerrieben – ein Dilemma, welches sie in immer hilfloserer

Weise zu kaschieren trachtet. Was aber nützen all die Attacken gegen den »Neoliberalismus« der Union, wenn man sich am nächsten Tag mit derselben Partei wieder an den Kabinetttisch begeben muss? Wem sie nützen, steht dagegen fest: nämlich allein der LINKSPARTEI, die jegliche grundsätzlichere Positionierung, man denke nur an die Mindestlohn-Kampagne, mit Genuss gegen die Große Koalition und insbesondere gegen die SPD ins Felde führen wird.

Offensichtlich hat die europäische Sozialdemokratie, wie LIBÉRATION feststellt, derzeit »weder ein Programm, noch eine Identität«. 1981 versuchten die französischen Sozialisten ein letztes Mal, ein klassisch linkes Programm durchzusetzen. Mit Hilfe von Mindestlöhnen, Rentenerhöhungen und Familienbeihilfen stimulierten sie den Konsum, sie verstaatlichten Schlüsselindustrien und Banken und verkürzten die Arbeitszeit. Doch schon nach zwei Jahren musste Präsident Mitterrand das Experiment aufgeben. In den späten 90er Jahren unterwarfen sich Tony Blair als auch Gerhard Schröder mit ihrer liberalen Reformpolitik dem »Sachzwang Weltmarkt«, getreu der ersten Devise von Anthony Giddens, dem Begründer des »Dritten Weges«: »Die Wirtschaft hat Vorrang«. Die Folgen sind bekannt: Schon mit der Entstehung der Anti-Hartz IV-Bewegung, aber spätestens mit der soeben endgültig vollzogenen Gründung der neuen LINKSPARTEI brach die einstige sozialdemokratische Sammlungsbewegung auseinander.

Wenn heute die französische Linke den Weg der »Modernisierung« der SPD gehen will, stehen ihr die deutschen Zerwürfnisse erst noch bevor. Darüber kann auch eine dritte Ungleichzeitigkeit nicht hinwegtäuschen. Obwohl die KOMMUNISTISCHE PARTEI wie auch die GRÜNEN und die Liberalen von François Bayrou weiterhin über einige Stimmen im Parlament verfügen, scheint sich Frankreich

gegenwärtig dem Zweiparteiensystem anzunähern. In Deutschland ist dagegen mit der absehbaren Etablierung der LINKSPARTEI das Gegenteil der Fall, nämlich die Konsolidierung des Fünfparteiensystems. Sollte Sarkozy jedoch tatsächlich mit seiner Ankündigung Ernst machen und auch in Frankreich das Verhältniswahlrecht, jedenfalls für einen Teil der Parlamentsabgeordneten, einführen, hätte die PS umgehend mit derselben Zersplitterung innerhalb der Linken zu kämpfen. Damit bliebe allein Großbritannien der europäische Ausnahmefall: Nur dort ist NEW LABOUR auf der Linken weiter unangefochten – das allerdings auch nur aufgrund des herrschenden Mehrheitswahlrechts und der größeren Akzeptanz von Klassenstrukturen.

Die Sozialdemokratie in Frankreich und Deutschland kennzeichnet dagegen noch eine vierte und letzte Ungleichzeitigkeit: Die französische Linke hat ihre Wahlschläppen vorerst hinter sich – jedenfalls bis zum nächsten Wahlmarathon in fünf Jahren. Die SPD hat ihre Niederlagen dagegen noch vor sich. Wenn die Parteistrategen derzeit vehement darauf verwei-

sen, dass unter dem gegenwärtigen Vorsitzenden bisher noch keine Wahl verloren wurde, gelingt dies stets nur unter Verdrängung der Tatsache, dass in seiner Ägide bisher nur in den letzten SPD-Hochburgen gewählt wurde, nämlich in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen.

Die eigentlichen Bewährungsproben für die SPD und ihren Vorsitzenden stehen dagegen im nächsten Jahr an – mit den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar, danach im Hamburg und im Herbst 2008 in Bayern. Dann wird sich klären, ob die deutsche Sozialdemokratie in Zukunft noch reüssieren kann – oder ob ihr, wie den französischen Sozialisten, ein halbes Jahrzehnt, wenn nicht mehr, zwischen politischer Ohnmacht und Oppositionsarbeit bevorsteht. Momentan spricht fast alles für das Letztere.



Albrecht von Lucke (\*1967)  
ist Redakteur der BLÄTTER  
FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE  
POLITIK in Berlin.  
[albrecht.vonlucke@blaetter.de](mailto:albrecht.vonlucke@blaetter.de)

---

*Betr.: Ernst Hillebrand: Ein politischer Nachruf auf Tony Blair (NG/FH 6/2007)*

In der veröffentlichten Version meines Artikels finden sich leider einige Formulierungen, die ich so nicht geschrieben habe und die das Ergebnis der redaktionellen Überarbeitung des Textes sind.

Ich lege vor allen Dingen Wert auf die Feststellung, dass ich folgenden Satz

nicht geschrieben habe: »Der Irak-Krieg sollte wohl die Alltagsdefizite seines Regierungsstils vergessen machen, die gekennzeichnet waren von....«

Der Originalsatz lautete: »Der Irak-Krieg und der Weg in diesen Krieg erscheinen wie eine Art überlebensgroße Exemplifizierung der Alltags-Defizite des Blair'schen Regierungsstils.«

*Ernst Hillebrand*